

## Präsidium des OKV tagte

Von Dr. Wolfgang Stuchly

Die Vertreter der Mitgliedsverbände des Ostdeutschen Kuratoriums (OKV) trafen sich am 16. März 2006 zu einer Arbeitsberatung, in deren Verlauf u.a. die Arbeitsschwerpunkte des OKV für 2006 präzisiert wurden. Aus der Sicht von ISOR e.V. sind dabei vor allem folgende Probleme und Themen bedeutungsvoll:

- Aktuelle Einschätzung zum Kampf der unmittelbar betroffenen Verbände gegen Rentenstrafrecht und Versorgungsgerechtigkeiten (April 2006);
- Gründung eines alternativen Wirtschaftsforums beim OKV unter Einbeziehung bereits vorhandener Strukturen und kompetenter Wissenschaftler (August 2006);
- Auseinandersetzung mit der These vom »Unrechtsstaat DDR« und den Aktivitäten zur Delegitimierung, Verleumdung und Diskriminierung der DDR sowie der Kriminalisierung des MfS und seiner Mitarbeiter;
- Einschätzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung der BRD nach einem Jahr großer Koalition für die Festlegung der weiteren Strategie des OKV und seiner Mitgliedsverbände (November 2006).

Es bestand bei allen anwesenden Verbandsvertretern Übereinstimmung darüber, dass bei den Landtagswahlen, insbesondere in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin vor allem die Parteien und Direktkandidaten zu unterstützen sind, die sich nachhaltig und eindeutig gegen massiven Sozialabbau sowie die Ungleichbehandlung ehemaliger DDR-Bürger einsetzen. In diesem Zusammenhang sprach sich das OKV-Präsidium für die Unterstützung bereits existierender und die Schaffung neuer

regionaler »Bündnisse für soziale Gerechtigkeit« aus und würdigte deren bisherige Aktivitäten. In der Diskussion ging es vor allem um folgende Fragen:

- Verabschiedung einer Stellungnahme des Berliner Alternativen Geschichtsforums zum Volksentscheid in Sachsen und Hessen zur Überführung von Eigentum der Nazi- und Kriegsverbrecher in Volkseigentum vor 60 Jahren. Ähnliche Erklärungen sind vorgesehen aus Anlass des 60. Jahrestages des Nürnberger Prozesses, des Vereinigungsparteitages von SPD und KPD u. a. mit Schlussfolgerungen für die Arbeit des OKV.
- Einladung des Arbeitskreises Frieden der GBM beim Europäischen Friedensforum (epf) an die OKV-Mitgliedsverbände zu einem internationalen Kolloquium zum Thema: „Globale Kriege, Sozialraub, Repression - Ein neuer Faschismus?“ für den 1. und 2. Juni 2006 nach Berlin.
- Einschätzung der Wirkung und Reaktion des Protestes zahlreicher gesellschaftlicher Kräfte in Deutschland auf die sogenannte Dienstleistungsrichtlinie und die Antikommunismuserklärung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE).
- Der Vorsitzende der GRH, Hans Bauer, informierte über die Fertigstellung einer Dokumentation über die Durchsetzung der westdeutschen politischen Strafjustiz gegenüber ehemaligen DDR-Verantwortungsträgern. Die als Video und DVD gefertigten Aufzeichnungen (Dauer ca. eine Stunde) können für TIG-Veranstaltungen über die ISOR-Geschäftsstelle oder die Landesbeauftrag-

ten erworben bzw. ausgeliehen werden. Sie sind in besonderem Maße geeignet, unsere Argumentationsfähigkeit zu erhöhen.

Horst Parton als Vorsitzender der ISOR e.V., einem der mitgliederstärksten Vereine im OKV, wurde auf Vorschlag von OKV-Präsident Prof. Dr. sc. Siegfried Mechler einstimmig als Vizepräsident des OKV kooptiert. Er dankte für das Vertrauen, sicherte wie bisher aktive Mitarbeit und Hilfe der ISOR e.V., insbesondere zum weiteren Ausbau der Kommunikation des OKV, zu. Das OKV-Präsidium dankte Dr. Gerhard Dylla für seine langjährige verdienstvolle Mitwirkung.

Die Veranstaltung wurde mit der festen Überzeugung beendet, noch weitere Kräfte für den Kampf um Frieden, soziale Gerechtigkeit sowie gegen Faschismus und Gewalt mobilisieren zu können.

### Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand beriet auf seiner Sitzung am 29. März u.a. über die Vorbereitungen zum 15. Jahrestag der ISOR e.V. am 6. Juni.

Der Vorstand empfiehlt den TIG, aus diesem Anlass feierliche Veranstaltungen durchzuführen. Dazu erhalten die TIG entsprechende Orientierungen.



Prof. Dr. Wolfgang Edelmann informierte, dass die initiierte Unterschriftensammlung zur Beantragung der Herausgabe von Informationen, gerichtet an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, außerordentliche Resonanz bei der Mitgliedschaft gefunden hat. Inzwischen ist der Sammelantrag, dem über 22.000 Unterschriften zugrunde liegen, an das Bundesministerium abgesandt worden. Der Vorstand dankt allen Mitgliedern für die Unterstützung dieser Aktion.



Vorbereitung von Treffen mit Verantwortungsträgern der NVA, der VP/Mdl und der Zollverwaltung, die noch in diesem Jahr stattfinden sollen.



Horst Parton teilte dem Vorstand mit, dass der bisherige Vorsitzende Ehemalige im DBwV Ost, Herbert Becker, aus gesundheitlichen Gründen von seiner Funktion zurückgetreten ist. Der Vorstand würdigte sein Engagement für Rentengerechtigkeit, die gute Zusammenarbeit und wünscht ihm weiterhin alles Gute.



Information über eine Podiumsdiskussion zur „Gedenkstätte« Berlin-Hohenschönhausen und die danach initiierte Medienkampagne. Zu diesem Thema veröffentlichte die GRH eine Erklärung, die wir auf Seite 2 im Wortlaut abdrucken.



**Vorstand und Redaktion  
grüßen alle Mitglieder und  
Sympathisanten anlässlich  
des 1. Mai**

## Erklärung des Vorstandes der GRH zur Debatte um die »Gedenkstätte« Berlin-Hohenschönhausen

Nach der turbulenten Podiumsdiskussion zur »Gedenkstätte« wird von Politikern und in Medien aufgeregt beklagt, daß nach 16 Jahren Einheit »Stasi-Funktionäre« wieder öffentlich und in Briefen massiv konträre Meinungen äußern, in Gruppen auftreten, die offiziellen Geschichtsdarstellungen angreifen und sich mit ihren Positionen an Ministerien und Schulen wenden. In diesem Zusammenhang wird auch die GRH genannt, in der sich diese Leute organisiert hätten. Hierzu ist festzustellen:

1. Die GRH ist ein seit 1993 bestehender Verein der BRD, der in solidarischer Weise den im Zusammenhang mit der Einheit nach 1990 verfolgten Bürgern rechtliche und humanitäre Unterstützung gewährt und sich mit den Ursachen dieser Verfolgungen, der gezielten und systematischen Delegitimierung der DDR, kritisch auseinandersetzt.
2. Mitglied der GRH kann jeder werden, der diese Ziele unterstützt. Mitglieder sind u.a. Juristen, Politiker, Militärs, MfS-Mitarbeiter, Wissenschaftler. Die GRH gehört dem Kuratorium Ostdeutscher Verbände an, ist also selbständiges Mitglied eines Netzwerkes, das sich u.a. mit den Begleiterscheinungen und Folgen der Einheit Deutschlands befasst.
3. Die Arbeit der GRH erfolgt in Wahrnehmung der Rechte und Pflichten aus dem GG. Selbstverständlich ist die Öffentlichkeitsarbeit mit der Darstellung unserer Positionen eine wesentliche Säule des Wirkens. Wenn diese Positionen mit den herrschenden Auffassungen nicht übereinstimmen, so ist das weder Verunglimpfung noch Beleidigung; es ist die Ausübung des Rechts auf Meinungsfreiheit.

4. Politiker und Medien, die sich über »unverschämte« Briefe und »massive« Teilnahme Andersdenkender an Veranstaltungen empören, Opponenten Zeugeneigenschaften absprechen, öffentliche Beschimpfungen vornehmen, solche Gruppen künftig mundtot machen wollen und kraft ihrer politischen und medialen Macht den Eindruck vermitteln, es handele sich um gesetzwidrige Aktivitäten, sollten sich schnellstens wieder auf den Boden des GG begeben. Das gilt nämlich für alle.
5. Die GRH erklärt zum wiederholten Male ihre Bereitschaft zur fairen, kritischen, ehrlichen und sachlichen Diskussion über die Geschichte und Verantwortung beider deutscher Staaten während des Kalten Krieges und über Wege zur wirklichen Einheit. Sie wird aber auch künftig ihre Positionen gegen Ausgrenzung, Diffamierung und Abstrafung sowie gegen Geschichtsfälschung offensiv vertreten.

*Hans Bauer Vorsitzender der GRH*

## Frühjahrstreffen der Grenzer

Von Dr. Wolfgang Stuchly

Die Arbeitsgruppe „Ehemalige Angehörige der Grenztruppen« (AGT) bei der GRH hatte für den 18. März 2006 zum traditionellen Frühjahrstreffen nach Berlin eingeladen. Über 300 „Ehemalige«, darunter viele ISOR- Mitglieder und Gäste, waren der Einladung gefolgt. Die AGT hatte Rechtsanwalt, Strafverteidiger und Buchautor Dr. Friedrich Wolff als Gastredner gewonnen (siehe auch „ISOR aktuell« 11/2005 / Interview mit ihm). Dr. Wolff sprach über die politische Strafverfolgung der BRD- Justiz gegenüber ehemaligen DDR- Bürgern, speziell gegenüber ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen und des MfS der DDR.

Die eindrucksvollen und faktenreichen Ausführungen von Dr. Wolff wurden mit viel Beifall bedacht.

In der anschließenden Aussprache würdigte Generaloberst a. D. Fritz Streletz die beispielhafte Rolle der Angehörigen der Grenztruppen der DDR für die Erhaltung des Friedens und bei der Sicherung der DDR, auch während der denkwürdigen Tage im November 1989. Anerkennend äußerte sich Fritz Streletz zur Verteidigung der Rechte zahlreicher Angehöriger der Grenztruppen der DDR durch die Rechtsanwälte Buchholz, Osterloh, Strahl, Wolff u. a. vor den westdeutschen politischen Strafverfolgungsorganen. In seinen weiteren Ausführun-

gen erinnerte er an die Hetze und Verleumdung von Politik und Medien gegen die NVA anlässlich des kürzlich begangenen 50. Jahrestages ihrer Gründung. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 60. Jahrestag der Deutschen Grenzpolizei/der Grenztruppen der NVA der DDR am 1. Dezember 2006 vermutet Fritz Streletz eine Verleumdungskampagne und politische Provokationen und forderte dazu auf, sich darauf einzustellen. In der weiteren Diskussion sprachen Teilnehmer über ihre persönlichen Erfahrungen mit der Justiz und den Strafverfolgungsbehörden, über konkrete Ergebnisse und Vorhaben in den Territorialen Arbeitsgruppen, über die Absicht, die Geschichte der „Grenzer« von 1946 - 1990 umfassend zu dokumentieren. In diesem Zusammenhang wurde bereits über konkrete Vorstellungen für das Jubiläumstreffen anlässlich des 60. Jahrestages am 2. Dezember 2006 informiert.

Der Vorsitzende der GRH, Hans Bauer, charakterisierte das Treffen in seinem Schlusswort als Zeichen fester Solidarität untereinander und mit den Mitgliedern befreundeter Vereine, Verbände und Organisationen als Ausdruck des Stolzes auf den Dienst in den bewaffneten Organen der DDR und der entschiedenen Zurückweisung von Verleumdungen gegen die DDR und ihre Bürger.

*Auf Wunsch der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO), Bonn, veröffentlichen wir nachfolgend deren Pressemitteilung 4/2006*

### Seniorenverbände: Wer das Renteneintrittsalter erhöht, muss die Diskriminierung älterer Menschen im Arbeitsleben konsequent bekämpfen

Zum Tag der älteren Generation am 5. April fordert die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, Roswitha Verhülsdonk, die Politik auf, neue Wege zu gehen, um eine vorzeitige »Freisetzung« von Beschäftigten zu verhindern und ältere Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen.

Sie verweist darauf, dass es in den USA und in Großbritannien nicht üblich sei, bei Bewerbungen das eigene Alter anzugeben. Auf das Mitsenden von Fotos werde ebenfalls verzichtet und anstelle eines vollständigen Lebenslaufs würden nur aktuelle Berufserfahrungen aufgelistet. Auf diese Weise könnten Ältere nicht schon bei der Vorauswahl »aussortiert« werden – jedenfalls nicht wegen ihres Lebensalters. Man müsse einmal darüber nachdenken, so die frühere Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, warum in den USA zwei Drittel und in Großbritannien immerhin noch mehr als die Hälfte der 55- bis 64jährigen arbeiten, in Deutschland dagegen nur etwa 40 Prozent.

Ein Blick in den Stellenmarkt deutscher Tages- und Wochenzeitungen genügt, um die Benachteiligung Älterer zu erkennen. »Alter zwischen Ende 20 und Ende 30« heißt es da etwa, wenn Kienbaum für einen Kunden »Vertriebsingenieure/-innen« sucht.

Der mangelnde Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ist aber nur die Spitze des Problems. Die Diskriminierung Älterer setzt sich in praktisch allen Bereichen des Arbeitslebens fort. So werden ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter viel weniger in betriebliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen einbezogen als ihre jüngeren Kollegen. »Eine unglaubliche Dummheit«,

findet die BAGSO-Vorsitzende, »wenn man bedenkt, dass in den kommenden Jahren die Berufseinsteiger immer rarer werden.«

Neben den Unternehmen und den Tarifparteien sieht sie vor allem die Politik in der Pflicht: »Wer das Renteneintrittsalter erhöht, der muss die bestehenden Diskriminierungen konsequent bekämpfen. Sonst ist die schrittweise Erhöhung des Rentenalters nichts anderes als eine weitere Rentenkürzung.«

Diese Pressemitteilung und viele andere Informationen zur BAGSO finden Sie auf: [www.bagso.de](http://www.bagso.de)



Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben in **ISOR aktuell** den 50. Jahrestag der Gründung der NVA der DDR umfangreich gewürdigt. Wir bitten um Verständnis, wenn wir auf Veröffentlichungen weiterer Zuschriften zu diesem Ereignis aus Platzmangel verzichten müssen.

Wir danken den Freunden Horst Herrmann, TIG Tangerhütte, Henry Otto, TIG Ribnitz-Damgarten, Barth, Zingst, Fischland/Darß, Friedrich Busch, TIG Eggesin, Torgelow, Ückermünde, Fred Schmidt, Mitglied des Beirates und Dr. Walter Schelske, TIG Greifswald für ihre Beiträge und bitten sie, weiter zu schreiben.

Die Beiträge werden im Internet unter [www.isor-sozialverein.de/Aus\\_unseren TIG](http://www.isor-sozialverein.de/Aus_unseren_TIG) veröffentlicht **Die Redaktion**



Einer schon guten Tradition folgend war das Bürgerhaus in der uckermärkischen Kreisstadt **Prenzlau** Anfang März Ort des Treffens von TIG-Vorstandsmitgliedern aus den Kreisen **Uckermark** (Brandenburg) und **Uecker-Randow** (Mecklenburg-Vorpommern). Horst Hartrampf, Mitglied des ISOR-Vorstands, informierte dabei ausführlich über erste Ergebnisse nach der Vertreterversammlung im November 2005 sowie über die nächste, nicht leichte Wegstrecke, die ISOR im 15. Jahr seines Bestehens gemeinsam mit weiteren Kräften bei der Beseitigung des Rentenunrechts noch zu bewältigen hat. »100 Tage Große Koalition« lasse bereits deutlich erkennen, dass ihre Politik den Bürgern weitere Belastungen und soziale Einschnitte bringen werde (Nullrunden für Rentner, Rente ab 67. Lebensjahr, Mehrwertsteuererhöhung u.a.). Deshalb, so Horst Hartrampf, sei der Kampf um die sozialen Grundrechte der Bürger, besonders aber der Kampf gegen weiter bestehendes Rentenstrafrecht das wichtigste Anliegen von ISOR e.V. »Es darf kein Nachlassen geben«. In diesem Zusammenhang würdigte er auch die ständige Unterstützung und

Begleitung des politischen und juristischen Kampfes von ISOR durch die Linkspartei.PDS, von deren Bundestagsfraktion auch weitere Hilfe erwartet werde. Die Gewinnung neuer Mitglieder aus rentennahen Jahrgängen und die würdige Vorbereitung des 15. Gründungsjubiläums im Juni seien Aufgaben, die ins Blickfeld der Tätigkeit der ISOR-TIG rücken. Günter Manthey (TIG Pasewalk) berichtete, dass allein in den letzten Wochen 13 Mitglieder neu aufgenommen werden konnten.

**Benno Butschalowski**



Die gut besuchte Mitgliederversammlung der TIG **Suhl/Meiningen/Ilmenau** Ende Februar 2006 stand im Zeichen der weiteren Umsetzung der Beschlüsse und Schlussfolgerungen der Vertreterversammlung der ISOR e.V. vom November 2005, des Berichtes des Vorstandes der TIG über die Aktivitäten und Entwicklungen unserer TIG sowie der Wahl des Vorstandes. Der Bericht des Vorsitzenden knüpfte an die Mitgliederversammlung Anfang 2005 an, auf der der Vorsitzende der ISOR e.V., Horst Parton, umfassend die Ergebnisse der außerordentlichen Vertreterversammlung vom November 2004 ausgewertet hatte. In dieser Versammlung wurde als eine der Hauptaufgaben unserer TIG die Gewinnung neuer Mitglieder zur personellen Stärkung unseres Vereins genannt. Außer den anderen vielfältigen Aktivitäten des Vorstandes, der Kassierer und Mitglieder wurde dieses Anliegen ein Schwerpunkt unserer Arbeit im vergangenen Jahr. Welche Ergebnisse wurden erzielt?

Seit der außerordentlichen Vertreterversammlung vom November 2004 wurden bis zum jetzigen Zeitpunkt in unserer TIG 38 neue Mitglieder gewonnen. Das sind fast 10 Prozent unseres damaligen Mitgliederbestandes. Hervorzuheben ist, dass es sich bei den neuen Mitgliedern um ehemalige Angehörige des MfS/AFNS handelt, die überwiegend im Alter zwischen 45

und 60 Jahren sind. Dadurch konnte eine erhebliche Verjüngung unseres Mitgliederbestandes erreicht werden. Wie konnte dieses Ergebnis erzielt werden?

1. An der Gewinnung neuer Mitglieder waren sowohl Vorstandsmitglieder als auch Kassierer/Betreuer und andere Mitglieder beteiligt.

2. Bei den geführten persönlichen Gesprächen waren vor allem folgende Argumente für den Beitritt der Mitglieder ausschlaggebend:

– Eine Rentenerhöhung für jetzige Rentner ist in den nächsten Jahren nicht zu erreichen. Für die zukünftigen Rentner wird deren Rente erheblich unter der jetzigen Rente liegen. Eine höhere Rente im Vergleich zur jetzigen ist nur zu erwarten, wenn es gelingt, das Rentenstrafrecht zu Fall zu bringen. Dazu ist gemeinsamer Kampf und Solidarität die wichtigste Voraussetzung.

– Alle juristischen Schritte dazu sind nur erfolgreich, wenn die Aktivitäten des Vorstandes von ISOR und der Rechtsanwälte durch weitere Initiativen tausender Mitglieder durch Petitionen, Proteste, Unterschriften u.ä. wirkungsvoll unterstützt werden. Die zahlenmäßige Stärke unseres Vereins spielt dabei eine gewichtige Rolle.

– Die notwendigen rechtlichen Schritte dazu sind u.a. auch verbunden mit erheblichen finanziellen Mitteln, die die Mitglieder durch Beiträge und Spenden aufbringen müssen. Es kann nicht sein, dass ISOR-Mitglieder das alles bezahlen und abseits stehende Betroffene die Ergebnisse des Kampfes bei Beseitigung des Rentenstrafrechts ohne finanzielle Beteiligung für sich in Anspruch nehmen. ISOR kämpft für alle Betroffenen und erwartet von allen, sich an diesem Kampf zu beteiligen.

– Solidarität bedeutet auch, sich zu seinen Lebensleistungen zu bekennen und sich den Diskriminierungen ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe zu widersetzen. Das ist auch eine Frage der Ehre und der Glaubwürdigkeit. Es ist unehrenhaft, Lügen und Verleumdungen über sich ergehen zu lassen.

Wir konnten feststellen, dass diese Argumente beim großen Teil der angesprochenen Betroffenen überzeugten und zum Beitritt geführt haben. Natürlich gab es auch Ablehnungen und Vorbehalte sowie Bedenken aus verschiedensten Gründen. Aber auch hier ist eine zukünftige Entscheidung zum Beitritt noch nicht endgültig vom Tisch. Schon jetzt konnte festgestellt werden, dass weitere Beitrittserklärungen in Vorbereitung sind und auch in diesem Jahr weitere Mitglieder unsere TIG verstärken werden. Die einstimmige Wahl des Vorstandes, die hohe Beteiligung an der neuesten Unterschriftensammlung und die personelle Stärkung erfüllen unsere Mitglieder mit Optimismus, dass der Kampf für die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts trotz aller Widerstände, wenn auch langwierig, so doch erfolgreich sein wird. **Gerhard Neupert**